



(Fortsetzung von Seite 7)

Durch die Terminisierung seitens des Rektors, die Arbeit bis Mitte März zu einem gewissen Abschluß zu bringen, scheint es zweckmäßig, diesen vorläufigen Bericht zu geben. Der neu gewählte Dekan, Prof. Geiler, und der Berichterstatter sind sich darüber einig, daß zur Fortführung der Arbeit wahrscheinlich eine neue Kommission berufen werden muß. Dabei sollten folgende grundsätzliche Überlegungen Berücksichtigung finden.

Der Bereich Medizin ist in den zentralen Gremien der Universität im Vergleich zu den gesellschaftswissenschaftlichen und naturwissenschaftlichen Bereichen unterrepräsentiert. Da die Medizin etwa die Hälfte aller Mitarbeiter der Universität stellt, und sich ebenfalls in sehr differenzierte Fachbereiche untergliedert (operative Fächer, konservative Fächer, Hygienedisziplinen, naturwissenschaftliche Grundlagenfächer, Stomatologie), ist eine

größere Anzahl von stimmberechtigten Medizinern in die zentralen Gremien zu wählen (Senat, Beratung der Sektionsdirektoren, Gesellschaftlicher Rat).

Auch der Verwaltungsdirektor und Chef des Personalsbüros müssen an zentralen Entscheidungen der Universitätsebene gleichberechtigt beteiligt sein. Da diese Funktionen bisher aber der Leitungsebene der KMU nachgeordnet waren, mußten Finanz- und Stellenplan ohne aktive Mitarbeiter bei der Entscheidungsfindung zur Kenntnis genommen werden, was der weiteren perspektivischen Entwicklung aber hinderlich ist.

In Zukunft muß der Bereich Medizin deutlicher von der Universität technisch-materiell unterstützt werden. Die ungeheuren physischen und psychischen Belastungen durch die sogenannte Routine, d. h. die Betreuung der Patienten, wird offensichtlich von vielen Mitarbeitern der KMU (Universitätsleitung und

Hochschullehrer) nur ungenügend verstanden. Es muß hervorgehoben werden, daß diese Probleme mehr als bisher einem hochqualifizierten „Produktionsprozeß“ gleichen, der nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten rentabel in „humanitärer Atmosphäre“ abgewickelt werden muß.

Eine Modernisierung und Niveauanhebung auf das geforderte Sicherheitsmaß sind dringend notwendig. Städtische Krankenhäuser werden durch Absprachen mit westlichen Unternehmen hier rasch sichtbare Fortschritte machen. Im Vergleich dazu ist die schwerfällige Universitätshierarchie nur ungenügend in der Lage gleichzuziehen, zumal oft hochspezialisierte Aufgaben bewältigt werden müssen. Es besteht die Gefahr, daß bei Nichtbewältigung derartiger Prozesse Kliniken aus der Universität herausgelassen werden. Schließlich ist zu bemerken, daß Forschung und Lehre im Vergleich zu anderen Wissen-

schaftsbereichen in der Medizin oftmals erst an 2. und 3. Stelle rangieren können.

Die Medizin fungiert als Hauptträger der Beziehungen zum Territorium nicht zuletzt über die medizinische Betreuung der Einwohner und Ausbildung der Studenten (Lehrkrankenhäuser). Auch dafür ist ihre Repräsentanz in zentralen Gremien der KMU zu verstärken.

Bei querschnittsbezogenen Veranstaltungen der Universität, wie Sonntagsvorlesungen, interdisziplinären Seminaren, Podiumsgesprächen u. a., ist die Medizin ebenfalls relativ gering beteiligt.

Durch häufigere Einbeziehung von Vertretern der Medizin könnte das Verständnis für unsere Probleme sicherlich gefördert werden. Damit sollen nur einige Probleme als Anstoß für künftige Diskussionen dargestellt werden, die von einer neu zu legitimierenden Kommission aufgegriffen werden können...

Senatskommission Studenten und Studium

1. Ziel akademischer Ausbildung

Die wohl elementarste Forderung zum Ziel der akademischen Ausbildung an der KMU besagt, daß ihre Absolventen eine Leistungsfähigkeit auszeichnen, die am international fortgeschrittensten Stand orientiert ist, sie zu einer entsprechend anspruchsvollen wissenschaftlichen oder praktischen Tätigkeit befähigt. Eine solche Forderung umfaßt, daß im Laufe des Studiums gelernt wurde, selbständig zu denken und zu handeln. Die Absolventen soll weiter der Wille und das Vermögen auszeichnen, sich ständig weiterzubilden. Kreatives Denken und Entscheidungsfähigkeit sollte sie auszeichnen, aber zugleich auch soziales Verantwortungsbewußtsein, ein waches Interesse für gesellschaftliche Vorgänge, ein hohes Berufsethos.

Ähnliche Ziele sind freilich auch in früheren Jahren für die akademische Ausbildung genannt worden. Neu dagegen ist die Einsicht, daß solche Ziele des Studiums nur dann auch erreicht werden können, wenn weit stärker als in der Vergangenheit die Individualität des Studierenden an der Hochschule beachtet, gefördert und entwickelt wird.

Dies aber ist mit weitreichenden Konsequenzen für die Studieninhalte

und den Studienablauf verbunden. Erst seit dem Herbst 1989 eröffnet sich der Universität ein politisches Umfeld, das es ermöglicht, diesen Konsequenzen im Ausbildungsprozeß auch genügen zu können. Hinzu impliziert das politische System, das derzeit in der DDR überwinden wird, für die studentische Ausbildung Restriktionen, die gerade der Entwicklung der Individualität junger Menschen höchst abträglich sein müßten. Dazu zählen Gängelung, Bevormundung, Normierung der Studierenden, Degradierung der Universität zu einer Art Berufsschule, u. a. durch eine zu einseitige, enge und frühe Spezialisierung. Die Krise der DDR umfaßte auch ihr Hochschulwesen. Denn geschichtlich erfordert ist ein akademisches Leben, das Studenten zu einer möglichst starken Ausbildung ihrer jeweils spezifischen Interessen, intellektuellen und praktischen Fähigkeiten verhilft. Das alles verlangt heute Veränderungen, die den Studienbetrieb insgesamt betreffen. Doch muß dabei die Vorbereitung auf das Berufsfeld, das einer gewählten Studienrichtung entspricht, in jedem einzelnen Fall gewährleistet sein.

2. Wer soll studieren?

Unter den zahlreichen Zuschriften, die der Kommission aus den Sektionen der KMU zugehen, befindet sich keine, die eine Abschärfung des numerus clausus bei Immatrikulationen fordert. Die Probleme, die von den „Massenuniversitäten“ der BRD her bekannt sind, scheinen offenbar von einer solchen Forderung ab. Das von Professoren der BRD bisweilen vorgetragene Argument, ohne Aufhebung des numerus clausus sei eine Demokratisierung der Universität nicht möglich, wird nicht geteilt. Es dominiert vielmehr unter den Leipziger Hochschullehrern die Ansicht, daß auch künftig die Zahl der zu immatrikulierenden Studenten am Ausbildungsvermögen einer Universität orientiert sein soll. Alles andere wäre eine nicht zu verantwortende Politik.

Die Kommission sollte diese Bedenken, weist aber darauf hin, daß die Zahl der an einer Universität tätigen Wissenschaftler und Angestellten natürlich von der Zahl ihrer Studenten abhängig ist. Ein numerus clausus für Immatrikulationen bedeutet stets auch eine entsprechende Begrenzung (oder sogar einen entsprechenden Abbau) ihrer wissenschaftlichen und Angestellten-Stellen. Insofern sollte von Fakultät zu Fakultät geprüft werden, ob die Ausbildungskapazität ausgelastet und ein numerus clausus erforderlich ist oder nicht.

Der Grad der Auslastung einer Einrichtung muß dabei an internationalen, nicht aber an tradierten oder sogar willkürlich festgelegten Maßstäben gemessen werden. Forschungsvorhaben mit der Industrie oder anderen Partnern sollten so gehalten sein, daß auch die Verbesserung der Ausbildung oder die Ver-

größerung der Ausbildungskapazität dabei beachtet wird. Dann würden solche Forschungsverträge stärker dem eigentlichen Zweck jeder Universität entsprechen.

Verhindert werden sollte aber das bisherige Immatrikulationsverfahren. Es soll stärker in die Verantwortung der oder sogar einzelner Lehrstühle gelegt werden, nach deren Dafürhalten eventuell auch an Eignungsprüfungen oder -gesprächen gebunden sein. Dabei müßte die Allgemeinbildung der Bewerber stark berücksichtigt werden. An den hochschulvorbereitenden Einrichtungen bereits sollte durch eine strengere Leistungsbewertung auf eine bessere Auswahl zukünftiger Studenten hingewirkt werden.

Auch während des Studiums soll stärker als bislang die Auswahl fortgeführt werden, z. B. durch Testate und Prüfungen, vor allem aber durch eine Bewertung der ständigen Mitarbeit von Studenten in den Seminaren, Lehr- und Forschergruppen. Jedenfalls gelte: Mit wachsender individueller Freiheit der Studenten bei der Gestaltung ihres Studiums müßten strengere Kontrollen der von ihnen erreichten Leistungen einhergehen. Prüfungen sollten sich aber vor allem an den Stärken studentischer Leistungen orientieren; ihre Ablegung sollte zudem innerhalb eines vorgeschriebenen Zeitraumes variabel gestaltet werden. Der genannte Zeitraum dürfte aber auch bei Wiederholungsprüfungen nicht überschritten werden, was deren mögliche Anzahl einschränkt. Die derzeit geltende Prüfungsordnung ist entsprechend zu ändern.

Es wird schließlich vorgeschlagen, an der Universität eine ständige Studienberatung einzurichten, die allen Studenten zur Beratung von allgemeinen Aspekten ihres Studiums offensteht.

3. Was soll studiert werden?

Die Universitäten sollten, was die Studieninhalte betrifft, um ein für sie jeweils spezifisches Gesicht bemüht sein, also dabei die Spezifik ihrer Forschungen beachten. Es geht nicht nur darum anzumerken, daß man halt auch an der KMU Wirtschaftswissenschaften studieren kann, sondern bewußt zu machen, daß hier ein solches Studium insbesondere durch Forschungen zur Betriebswirtschaft oder zu den Arbeitswissenschaften unterstützt ist.

Während des Studiums soll der Student durch ein breites Angebot von fakultativ-obligatorischen oder

fakultativen Veranstaltungen seine spezifischen Interessen bei der Studiengestaltung einbringen können. Diesem Zweck sollte auch ein vielseitiges Angebot im Rahmen des Studiums generale dienen (gefragt sind z. Z. vor allem Lehrveranstaltungen zur Geschichte der Philosophie, zur Ästhetik, Ethik, Staats- und Rechtstheorie, Soziologie, Psychologie, Religionsgeschichte, Ökologie). Es fehlt bisher leider die Nachfrage für natur- und technowissenschaftliche Veranstaltungen, für solche der Pädagogik oder der Wissenschaftstheorie). Das Studium generale sollte mit

einem Rigorosum abgeschlossen werden.

Der Studierende bestimmt auch selbständig über seine Fremdsprachenausbildung, d. h. welche Sprachen er sich aneignet. Obligatorisch sollten lediglich die Zahl der zu studierenden Fremdsprachen und der jeweils geforderte Abschluß sein.

Was die akademische Sportausbildung betrifft, so dominiert an der Universität offensichtlich die Meinung, daß sie ausschließlich fakultativ gestaltet werden soll. Hingegen

4. Organisat. Rahmen

Wenn der Individualität des Studierenden deutlich mehr Raum geboten, sei die persönliche Aktivität bei der Gestaltung seines Studiums herausgefordert werden soll, dann muß die den Studienablauf normierende Institution der Seminargruppe aufgegeben werden bzw. auf die ersten Semester begrenzt werden. Die Studenten verschiedener Studienjahre finden vielmehr ihre organisatorische in ihrer wissenschaftlichen Heimat, d. h. an dem Lehrstuhl, an dem sie ihre Spezialausbildung durchführen, ihre Qualifizierungsarbeiten schreiben usw. Die Erziehung der Studenten sollte, was die Rolle der Hochschullehrer und der Wissenschaftler insgesamt dabei betrifft, durch deren persönliches Vorbild erfolgen, keinesfalls aber mittels sogenannter „Erziehungskonzeptionen“ der jüngeren Vergangenheit.

Hochschulwechsel soll zum Normalfall in einem Studium werden, da auch dieser zur Ausbildung individueller Leistungsfähigkeit, zum

tritt das IK der KMU für eine wahlweise obligatorische Sportausbildung jedes Studierenden ein. Die Kommission unterstützt die Position des IK, da eine für jeden Studenten verbindliche Sportausbildung eine wichtige Investition in seine zukünftige Leistungsfähigkeit darstellt.

Voraussetzung für alle diese Neuerungen ist aber ein öffentlich zugängliches Verzeichnis der an der Universität stattfindenden Lehrveranstaltungen, sind materiell gut ausgestattete Bibliotheken usw.

6. Ausländische Studenten

Bislang wurde zu diesem Studentenkreis relativ wenig Stellung genommen (mit Ausnahme des Herder-Instituts). Seitens des Instituts für tropische Landwirtschaft wird vorgeschlagen, daß das Studium ausländischer Studenten internationalen Normen stärker angepaßt werden sollte: Nach sieben Semestern sollte der Hochschulabschluß, nach weiteren drei Semestern das Diplom erteilt werden.

Ausländische Studierende bedürfen der besonderen Aufmerksamkeit der Universitätsleitung wie aller an der Universität tätigen gesellschaftlichen Kräfte (Studentenrat, Ge-

renannter Sektionen werden aber in Zukunft selbst einen wichtigen Platz in der Zweifach-Ausbildung einnehmen, weshalb ihr jetziger Kaderbestand erhalten werden sollte (zum Vergleich: An der Universität München studieren 1500 Studenten Philosophie im Hauptfach und 3000 im Nebenfach).

Hinsichtlich des Medizinstudiums gibt es seitens von Studenten des entsprechenden Bereiches die Forde-

7. Einbeziehung der Studenten in das gesellschaftliche Leben

Hier kommt dem Studentenrat an der Universität eine wichtige, weil von der Spezifik studentischer Arbeit und Lebensweise ausgehende Rolle zu. Über den Studentenrat ist an der Universität das Mitbestimmungsrecht der Studenten hinsichtlich aller Aspekte ihres Studiums und studentischen Daseins (Gestaltung der Lehre, der sozialen Voraussetzungen ihres Studiums, der an der Universität insgesamt betriebenen Wissenschaftspolitik usw.) zu gewährleisten. Der Studentenrat ist eine wichtige Institution, um gesellschaftspolitisch erfahrene und rege

rennung, Paukerei zugunsten einer stärkeren Entwicklung des theoretischen Denkens einzuschränken. Im Medizinstudium, so fordern Hochschullehrer dieses Bereiches, sollte das derzeitige Diplom abgeschafft und stattdessen wieder als Abschluß die Promotion eingeführt werden. Dabei wird bewußt in Kauf genommen, daß eine solche Promotion geringer als die Promotion an anderen akademischen Ausbildungsrichtungen zu werten ist.

werschaft usw.), evtl. sollte an der Universität das Amt eines Beauftragten und Beraters für ausländische Studenten eingerichtet werden. Erhöhte Aufmerksamkeit verlangt die persönliche Sicherheit dieser Studenten, besonders jener aus afrikanischen und asiatischen Staaten. Der Beratung bedürfen ausländische Studenten aber auch im Hinblick auf ihre Chancen in einem Studium, das nicht mehr mit einem „Solidarititäts-Diplom“ beendet werden kann, da dieses sowohl dem Ansehen der Absolventen als auch der Universität weltweit schade. Angetan bei den deutschen Sprachkenntnissen ist die Zulassung ausländischer Studenten sorgfältiger zu prüfen, wenn in Zukunft ein erfolgreicher Studienabschluß erreicht werden soll.

8. Soziale Fragen des Studiums

Viele Überlegungen betreffen die materielle Absicherung des Studiums. Die Zahlung eines Stipendiums für jeden Studenten muß beibehalten werden, was ebenfalls für die Beibehaltung eines numerus clausus bei Immatrikulationen spricht. Das Stipendium könnte als Kredit gelten, der mit 5 bis 10 Jahren Berufseinsatz im Staatsgebiet des Stipendienzahlers als getilgt gilt, in jedem davon verschiedenen Fall aber zurückzahlen ist. Außer auf staatliche Stipendien sollte auf entsprechend hohe betriebliche Stipendien durch jene Institutionen orientiert werden, die Studenten mit der Absicht oder der Verpflichtung an

Absolventen heranbilden zu können. Rechte und Pflichten des Studentenrates sollten allerdings genau definiert werden.

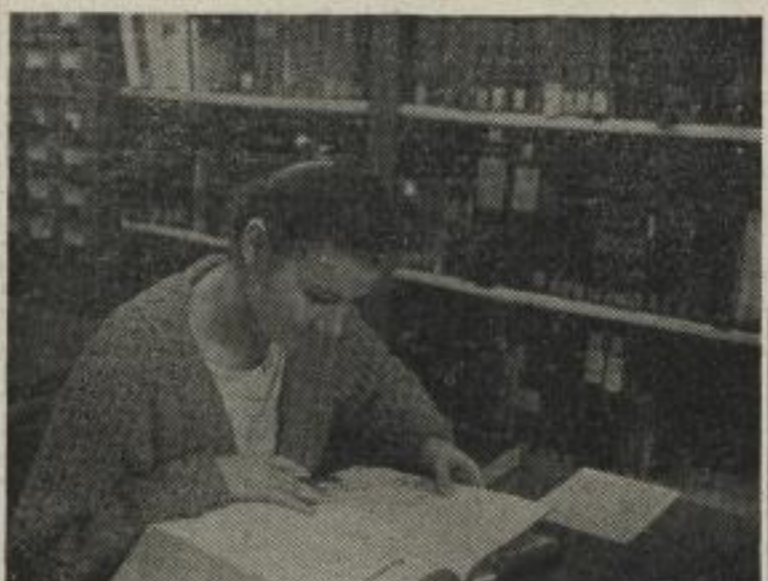
Mit dem Ziel einer stärkeren Einbindung von Studenten in das gesellschaftliche und wissenschaftliche Leben der Universität sollte auch die Institution der Hilfsassistenten und der Tutorenschaft bewußt gepflegt und ausgebaut werden. Nicht zuletzt wäre damit auch für leistungsstarke Studenten höherer Studienjahre eine Verbesserung ihrer materiellen Situation verbunden.

9. Schlußbemerkungen

Eine Reihe von Fragen, die erst in der letzten Zeit besonders aktuell wurden, bedürfen der weiteren Beratung. Dazu zählen:

- Wie ist das Ausbildungsniveau an unserer Universität gegenüber Hochschulen der BRD zu werten? Welche Aspekte unserer akademischen Ausbildung müssen mit welchem Ziel, in welcher Reihenfolge und mit welcher Dringlichkeit verändert werden, damit die KMU innerhalb Gesamtdeutschlands einen respektablen, konkurrenzfähigen Platz unter den Universitäten einnehmen kann?
- Wie kann - besonders in den Gesellschaftswissenschaften - das wissenschaftliche Leben pluralistischer gestaltet und damit stärker in den gesamtdeutschen und internationalen theoretischen Diskurs einbezogen werden? Welche Konsequenzen sind damit z. B. für die zukünftige Berufungspolitik verbunden?
- Welche neuen Chancen eröffnen sich, in einem einheitlichen Deutschland die Universität technisch zu modernisieren? Welche Schritte können hierfür, müssen hierfür heute schon getan werden?
- Welche Mängel der BRD-Hochschulen sollten in der DDR energisch vermieden werden und auf welche wissenschaftspolitische Weise soll das geschehen?

Als in Gesamtdeutschland erhaltenwert sieht die Kommission u. a. die soziale Absicherung des Studiums; die soziale Absicherung eines postgradualen Studiums für fachlich herausragende Absolventen; die vielfach bestehende Partnerschaft zwischen Lehrkräften und Studenten.



5. Probleme ausgewählter Studienrichtungen

Es sind vor allem drei Studienrichtungen, die in den Überlegungen der Sektionen besondere Aufmerksamkeit finden: die Ausbildung von Lehrern für die Volksbildung, das weitere Schicksal der ehemaligen ML-Lehrer-Studenten, die Ausbildung von Ärzten.

Was die Lehrerausbildung an der Universität betrifft, so ist die Forderung verbreitet, zukünftig an den Universitäten ausschließlich EOS-Lehrer heranzubilden. Lehrer für die allgemeinbildenden Schulen sollten dagegen ebenso ausschließlich an den Pädagogischen Hochschulen studieren. Über die Dauer des akademischen Lehrstudiums gibt es unterschiedliche Meinungen: 4 oder 5 Jahre; die Unterschiede ergeben sich z. T. daraus, daß einmal das pädagogische Praktikum vor Studienbeginn, zum anderen aber während des Studiums stattfinden soll. Unterschiedlich ist auch die Meinung, ob das Lehrstudium als Ein- oder Zweifachstudium absolviert werden soll. Für die letztgenannte Variante

tritt u. a. die Sektion Pädagogik ein, wobei ein mögliches Zweifachstudium Erziehungswissenschaften sein könnte (mit entsprechender Immatrikulation an dieser Sektion). Die Kommission empfiehlt, in allen diesen strittigen Fragen der kompetentere Fachkommission für Lehrerbildung zu folgen.

Wesentlich von der Wende berührt ist natürlich die Ausbildung der ehemaligen ML-Lehrer-Studenten. Während die entsprechenden Geschichts- und Ökonomie-Lehrerstudien in das sonstige Profil ihrer Sektion eingeordnet werden können, stellt sich das Problem bei Philosophie und bei den ehemaligen WK-Studenten komplizierter. Hier stehen generelle Überlegungen zum späteren Einsatzbereich noch aus, schon jetzt aber wird an die Ausbildung von Philosophielehrern für die erweiterte Oberschule gedacht. Generell wird auch hier für eine Zweifach-Ausbildung plädiert, da eine solche die Einsatzchancen der Absolventen deutlich vergrößert. Alle ge-